Politische Erwachsenenbildung in Europa

NEUE BLÜTE ODER »LAST EXIT«?

Monika Oels

Während sich die politische Bildung national als Stiefkind öffentlicher Förderung fühlt, gelangt sie auf europäischer Ebene zu neuer Blüte. Die Bildungsminister Europas entwickeln eine gemeinsame Bildungsplanung auch für den Bereich der politischen Bildung, und die einschlägigen Förderprogramme sind hierfür bereits ein Fundus guter Praxis. Monika Oels fächert auf, welche Facetten politische Erwachsenenbildung auf der europäischen Bühne hat. Dabei übersieht sie nicht, dass es oft der Kampf ums nackte Überleben ist, der Einrichtungen in die Fänge der EU-Förderung treibt.*

»Die Bürgerinnen und Bürger werden das Projekt Europa nicht unterstützen, wenn sie nicht voll beteiligt werden bei der Formulierung der Ziele, bei der politischen Umsetzung und bei der Auswertung der Fortschritte. Und sie haben Recht«, sagte Romano Prodi vor dem Europa-Parlament im Februar 2000. Seiner Ansicht nach wollten die Bürgerinnen und Bürger eine »wesentlich partizipativere Demokratie ›zum Anfassen‹«. Noch unter der Ägide von Bildungskommissarin Edith Cresson wurde eine Studiengruppe zu einem künftigen Schwerpunkt politischer Bildung in einer sich entfaltenden europäischen Bildungspolitik eingerichtet. Ihren wegweisenden Ergebnissen, im Internet unter »Learning for Active Citizenship« (http://europa.eu.int/comm/education/citizen/citiz-en.html) von der Kommission veröffentlicht, liegt ein ganz breiter partizipatorischer Ansatz zugrunde: Alle Bürger(innen) und sonstigen Einwohner(innen) sollen »in die Lage versetzt werden, so vollständig wie möglich am kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben teilzunehmen«. (Dies ist bei der Übersetzung des englischen Ausdrucks »active citizenship« aus EU-Papieren ins Deutsche zu beachten.) Inzwischen hat die neue EU-Kommission im Jahr 2001 ein Weißbuch, ein durchaus kühnes Diskussionspapier, herausgebracht zum »Europäischen Regierungshandeln« (European governance), das den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger hohe Priorität einräumt. Darüber hinaus hat im letzten Jahr der europäische Konvent seine Arbeit an einer Verfassung für Europa begonnen, die auf hohen Touren vorangeht. Die europäische Grundrechte-Charta, die auch vom Recht zu lernen spricht, soll ein Teil der Verfassung werden.

Die Stärkung der Bürgerinnen und Bürger auch durch politische Bildung hat auf europäischer Ebene seit Ende der 1990er Jahre eine hohe Priorität. Obwohl Bildungspolitik im Prinzip nach wie vor Sache der Mitgliedsländer ist, treiben die Bildungsminister(innen) zur Zeit die Formulierung gemeinsamer Ziele mit einer neuen europäischen Dimension voran. Sie haben wiederholt erklärt, der politischen Bildung im Verlaufe des lebenslangen Lernens einen gleichwertigen Platz neben der beruflichen Bildung und der Persönlichkeitsbildung einräumen zu wollen. Diese neue Qualität bedarf nun einer Anreicherung durch realitätshaltige Aktionen mit quantifizierbaren Ergebnissen. Parallel zur Arbeit an der Kommissions-Mitteilung zum lebenslangen Lernen begannen die Bildungsminister ein konkretes Arbeitsprogramm zur Entwicklung gemeinsamer bildungspolitischer Ziele in Europa bis zum Jahr 2010. Inzwischen wird in acht Experten-Arbeitsgruppen aus Mitglieds- und Beitrittsländern konkret an der Umsetzung dieser neuen Annäherungspolitik im Bildungswesen gearbeitet. Eines dieser Experten-Komitees befasst sich ausdrücklich mit den möglichen gemeinsamen Zielen für eine politische Bildung in Europa. Es hat im Januar 2003 zum ersten Mal getagt. Eingeladen zur Mitarbeit wurden neben Expert(inn)en, die von den Bildungsministerien ernannt wurden, auch solche aus den Reihen der Sozialpartner und der einschlägigen europäischen NGOs, z. B. dem Europäischen Verband für Erwachsenenbildung und dem Europäischen Bildungsnetzwerk für Demokratie und Menschenrechte (DARE, koordiniert vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten). Auch Expert(inn)en aus internationalen Organisationen (Europarat, UNESCO-Institut für Pädagogik), die aktuell wichtige Arbeit in der politischen Bildung machen, sind einbezogen.

Die europäischen Bildungsprogramme Sokrates, Leonardo und Jugend waren bis zum Ende der 1990er Jahre das

* Wir weisen auf Wunsch der Autorin vorsorglich darauf hin, dass die von ihr vertretenen Ansichten nicht in jedem Fall die offizielle Meinung der EU-Kommission wiedergeben.

einzige wirksame bildungspolitische Werkzeug in Europa. Sie sollten »Qualität« und »Innovation« in der europäischen Bildungslandschaft vorantreiben, daneben auch Mobilität, Austausch und die europäische Dimension fördern. Inzwischen sind sie ein wertvoller Fundus mit Beispielen bes-

»Die Bildungsprogramme – Schatztruhe für Europa«

ter Praxis und vielen fortschrittlichen Ideen und Produkten aus ganz Europa geworden, ein Schatz, auf dem eine gemeinsame europäische Bildungspolitik wachsen und gedeihen kann, auch im Bereich der politischen Bildung.
Inzwischen gibt es in diesen europäischen Bildungsprogrammen eine ganze Palette von sektor-übergreifenden politischenZielvorstellungen, die unabhängig vom einzelnen Aktionsprogramm oder von jährlichen Schwerpunktsetzungen gelten. Hierzu gehören Gender Mainstreaming, die Integration von Menschen mit Behinderungen, die Anti-Diskriminierung, seit den Stockholmer Beschlüssen 2001 auch die nachhaltige Entwicklung. Diese Ziele wären in Deutschland oft jeweils für sich schon selbstständige Sektoren der politischen Bildung, sollen aber auf europäischer Ebene eigentlich gleichzeitig bei allen Themen integriert werden. Diese Art des »Mainstreaming« ist in der Theorie weit fortgeschritten. In der Praxis brauchen die Projektträger oft mehr als eine gute mehrtägige Einführungsveranstaltung, weil diese Bereiche fortschrittlicher europäischer Politik viel zu wenig bekannt sind und sich das neue Wissensgebiet »Europäische Projektverwaltung« schnell in den Vordergrund drängt. Selbst Mitarbeiter(innen) in Heimvolkshochschulen mit viel politischer Bildung berichten von Fortbildungsbedarf in Sachen Europa und nutzen neuerdings gerne die Grundtvig-3-Stipendien, um sich ein wenig europäischen Wind um die Nase wehen zu lassen.

Für diese fortschrittliche Politik gibt es aber noch nicht viel gut entwickeltes didaktisches und methodisches Material, das eine europäische Dimension hätte. Und was bereits vorhanden ist, wird nicht systematisch von den Bildungsministerien oder Bildungsträgern für ihre Zwecke ausgewertet.

In der Mitteilung der EU-Kommission zum lebenslangen Lernen (2001) fand auch ein Perspektivwechsel von der Bildungsinstitution und den Lehrenden hin zu den Lernenden statt. Sie sollten nicht mehr als Objekte, sondern als mündige Subjekte betrachtet werden. Ein gutes Beispiel ist das Sokrates-Grundtvig-Projekt »Revansch«, koordiniert vom Schwedischen Arbeiterbildungsverein in der Stadt Bollebygd, das Betroffene zu politischen Führer(inne)n in eigener Sache fortbildet, um die politische Bevormundung zu reduzieren. Auch das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 verbreitet zur Zeit solche Beispiele der Erwachsenenbildung. Gestützt auf ein »soziales Konzept« von Behinderung sollen Betroffene den Bildungshorizont der »anderen«, der sogenannten »Normalen« erweitern oder deren oft negative oder bevormundende Bilder von ihnen »dekonstruieren«.

Während sich auf europäischer Ebene Schüler(innen) und Studierende, Lehrer(innen) und Eltern bereits organisiert haben, steht eine länderübergreifende Organisation von erwachsenen Lernenden in Europa noch aus. Solche demokratischen Strukturen können in jeder Einrichtung der Erwachsenenbildung vorangetrieben werden. Ein Sokrates-Erwachsenenbildungsprojekt entwickelte eine Charta mit den Rechten der erwachsenen Lernenden in mehreren europäischen Ländern und befasste folgerichtig auch Parlamente damit. Wo in Europa Erwachsenenbildung weniger professionalisiert wurde, ist die Offenheit für eine Stärkung der Lerner-Rechte deutlich größer. Zumindest in Sokrates-Grundtvig-Projekten wird die Rolle des Lernenden von der Planung von Lehrprogrammen bis zu ihrer Evaluation groß geschrieben, gerade in der politischen Bildung. Dies bedeutet einen qualitativen Ausbau demokratischer Mitgestaltungs- und -bestimmungsrechte im Bildungswesen. Dies könnte längerfristig auch bedeuten, dass den erwachsenen Lernenden neben den Vertretern der staatlichen Seite und der Lehrerseite (den Sozialpartnern) eine neue demokratische Sichtbarkeit, eine dritte Stimme zufiele, wenn über Zukunftsfragen einer Bildungseinrichtung beraten wird.

Dem Gedeihen der politischen Bildung auf europäischer Ebene stehen die Berichte aus dem Alltag der Einrichtungen und Träger der politischen Bil-

»Träger der politischen Bildung singen ein einziges Klagelied«

dung entgegen, die ein einziges Klagelied singen. Personal wird immer weiter abgebaut, Kursleiterfortbildung reduziert, und manche Einrichtung, die von ihrem Träger auf den Bildungsmarkt geschickt wurde, steht kurz vor dem Konkurs. Wo politische Erwachsenenbildung kurzerhand mit Jugend- und Seniorenbildung zusammengelegt wird, kommt es schnell zu einem weiteren Verehrenamtlichungstrend. Engagierte Einrichtungen der politischen Bildung bilden teilweise Vereine, um sich vor der endgültigen Schließung zu schützen und trotz hoher Einnahmevorgaben wenigstens einige bedürftige (Alibi?-)Teilnehmer(innen) noch bezuschussen zu können. Manche langjährig profilierte Einrichtung im Norden Europas wird gedrängt, das Personal auf lukrativere Schwerpunkte wie die Managementfortbildung auszurichten. Aber eigentlich haben die Bildungsminister(innen) in Europa im Februar

2002 gerade eine neue Mitteilung der EU-Kommission zum Investieren in Bildung begrüsst, in der politische Bildung zu den Prioritäten gehört.

Politische Bildung wird zunehmend als »Projekt« , als möglichst spektakulärer Event, als vorübergehende Aufgabe betrachtet, nicht als langfristige kontinuierliche Bildungsaufgabe in einer Demokratie. Sie wird in prekäre unterfinanzierte Strukturen abgedrängt, da Länder, Regionen und Gemeinden gleichzeitig den Geldhahn zudrehen, jedes Jahr ein bisschen mehr nach der Methode: Das macht ja nichts, das merkt ja keiner. Und tatsächlich sind Pressemitteilungen für interessierte Bürger(innen) zu diesen »Ereignissen« der anderen Art eher die Ausnahme.

»In aller Stille« brechen auch Kernstrukturen der politischen Bildung wie die Heimvolkshochschulen zusammen, die einst im 19. Jahrhundert vom dänischen Pastor Grundtvig zur Stärkung der jungen demokratischen Bewegung gegründet wurden, deren Idee in vielen Ländern Europas Fuss fasste. Viele von ihnen erhielten zwar hohe staatliche Zuschüsse, wurden aber meist von »freien« Trägern betrieben. Dänemark verfügt über einige der traditionsreichsten und am besten ausgestatteten Einrichtungen. Aber auch von dort wird berichtet, dass die jungen Leute aus allen Schichten immer seltener zu mehrmonatigen Aufenthalten kommen, die einmal als »Betriebsgeheimnis« der skandinavischen Demokratien galten: Die Preise sind erhöht und die Zuschüsse gesenkt worden. Auch diese Einrichtungen sollen sich daher nach neuen »zahlungskräftigeren« Zielgruppen umsehen, heißt es.

Das langfristige und selbstständige kritische Denken in den Einrichtungen selbst und die Unabhängigkeit ihrer politischen Bildungsa rbeit sind angesichts dieser Entwicklungen in hohem Maße gefährdet. Der Drang, mit Projekten nach Europa zu gehen, Europa als »last exit« zu nutzen, ist daher in der politischen Bildung manches Mal auch aus der Verzweiflung geboren. Im europäischen Austausch aber kann man sich gegenseitig den Rücken stärken und die wertvollen Erfahrungen

»Es knistert, und Funken springen wieder über«

weitergeben, deren Verwendung in der eigenen Einrichtung nicht mehr erwünscht sein mag. Dennoch wächst oft eine ganz eigene Europa-Begeisterung aus diesen Projekten, es knistert bei den transnationalen Treffen, und Funken springen wieder über. Und inzwischen überlegen einige Träger der politischen Bildung in Europa in Gesprächen mit der EU-Kommission, ob sie sich nicht auch ihre Selbstverteidigung, ihre Lobby-Arbeit für eine bessere und gesichertere Qualität der politischen Bildung aus europäischen Quellen fördern lassen könnten. Europäische Konferenzen gehören zu den Instrumenten, die im Sokrates-Programm als flankierende Maßnahmen entwickelt wurden. Aus der internationalen Bildungszusammenarbeit der Kommission gibt es schon ein eindrucksvolles Beispiel: den »Advocacy-Guide« (einen Ratgeber für die wirksame Vertretung der Rechte) für die Hand von lernwilligen Erwachsenen und von Managern ihrer lokalen Lernzentren. Die Broschüre kann auch über den Europäischen Verband für Erwachsenenbildung (EAEA) in Brüssel bezogen werden, der an der Entwicklung mitgearbeitet hat. Er ist der Dachverband von rund 90 Organisationen der Erwachsenenbildung in Europa, die auf vielfältige Weise zur politischen Bildung beitragen. Sie sind gerade zusammen mit anderen europäischen Nichtregierungsorganisationen eingeladen worden, Beispiele guter Praxis aus ganz Europa für die weitere politische Arbeit der Kommission auch in diesem Bereich zusammenzustellen.

Hunderte von erfahrenen Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung in Europa dürfen nicht behaupten, dass sie sich nicht mehr verteidigen können. Sie sollten von den friedens- und globalisierungsbewegten Bürgerinnen und Bürgern lernen und ihre eigenen Interessen lautstark und gemeinsam vertreten. Ob auch ihre ehemaligen und jetzigen Lernenden sich organisieren, vielleicht sogar auf europäischer Ebene, kann auch als ein Testfall für die Lebendigkeit des dort erlebten demokratischen Alltags gelten.

Abstract
While political education appears to be of secondary importance in the national grants policy, on the European plane it is coming to a new blossoming. The European ministers of education are working towards a joint educational planning programme and are looking for common aims in political education. The pertinent grants programmes are a rich source of for good practice. In cross-section tasks the intertwining of political education and political development manifests itself. Monika Oels does not overlook that very often it is the struggle for bare survival that drives institutions to apply for European grants programmes.

Monika Oels ist Entsandte Nationale Sachverständige der Bundesrepublik Deutschland in der EU-Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur, Direktorat A Bildung, Referat A.1 Entwicklung der Politik des Lebenslangen Lernens.

Kontakt: Monika.OELS@cec.eu.int